Nr. 320 1. Ausgabe Sonntag, 24. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 15 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffer- oder Auskunft 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Bestellung in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.22, vierteljährl. Kr. 6.66
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.46, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Preuß. möchentl. M 1.10. Einz.-Nummer 10 Pf.

Der französische Druck auf Deutschland

Nationalversammlung und Friede

Immer deutlicher zeigt sich, daß das Zustandekommen des Friedens nicht zu trennen ist von der Frage, ob in absehbarer Zeit die Nationalversammlung einberufen wird. Die „Deutsche Allg. Ztg.", das Organ der Reichsregierung, schreibt heute morgen: „Man weiß auf seiten der Herren, die die Nationalversammlung auf die leichte Schulter nehmen möchten, ganz genau, daß die Regierung unbedingt für die Einberufung der Konstituante ist und sein muß, um zu baldigen Friedenszuständen zu gelangen. Hinsichtlich des Zeitpunktes der Einberufung der Nationalversammlung bestehende Verschiedenheiten der Auffassung beziehen sich lediglich auf praktische und keineswegs politische Gesichtspunkte. Es ist zu hoffen, daß sich auf dem Anfang nächster Woche in Berlin zusammentretenden Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte der einheitliche Gedanke durchsetzen wird. Die Einheitlichkeit des Reiches muß unter allen Umständen gewahrt bleiben. Der Entwurf zu den Wahlen wird auf dem Boden des Reichstagswahlrechtes in Verbindung mit dem durch das ganze Reich Hindurchgehenden Proportionalwahlrecht aufgebaut werden. Wirtschaftliche Eifersucht zwischen Nord und Süd kann heute kaum in Frage kommen. Soweit ein Mißtrauen gegen Berlin vorhanden ist, handelt es sich darum, wie sich in der Reichshauptstadt die Agitation mehrfach in unangenehmer Weise bemerkbar macht und vordrängt, die eine ruhige Ueberleitung der durch die Revolution entstandenen Zustände in neue Gesetzesbahnen verhindern möchte. Drei gewaltige Aufgaben hat die neue Regierung zu lösen. Sie müssen gleichzeitig in Angriff genommen werden, denn keine von ihnen duldet auch nur wenige Tage Aufschub. Die erste ist die Erringung eines Friedens, der es dem deutschen Volke ermöglicht, als gleichberechtigte Macht mit den Völkern der Erde weiterzuleben, und der ihm die Möglichkeit läßt, sein Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Die zweite Aufgabe ist die möglichst schnelle Wiederherstellung einer normalen Volksernährung, die dritte die Beschaffung von Arbeit für die vielen Millionen von Menschen, die aus dem Felde zurückkehren."

Auch innerhalb der Reichsregierung erkennt man die Notwendigkeit an, wirklich verfassungsmäßige Gewalten zu schaffen. Dr. Landsberg hat bekanntlich gesagt, er stehe und falle mit der Nationalversammlung, und auch der Volksbeauftragte Scheidemann, der jetzt das Pressedezernat übernommen hat, stellt sich auf den Standpunkt, daß die konstituierende Versammlung so schnell wie möglich zusammentreten müsse. Jede Hinauszögerung dieser Selbstverständlichkeit würde ein nationales Unglück bedeuten, denn ohne Nationalversammlung gebe es keinen Frieden, äußerte Scheidemann vor den Pressevertretern. Auf diesem Standpunkt steht auch der Staatssekretär des Innern Dr. Preuß. Es handelt sich also offenbar in erster Linie noch um die Festlegung des Termins. Die Veröffentlichung des 2. Januar als des für die Wahlen angesetzten Termins ist nach einer Mitteilung des Reichsamts des Innern unvorsichtigerweise erfolgt auf Grund des ersten schriftlichen Entwurfs über die Wahlen. Selbstverständlich steht auch das Reichsamt des Innern auf dem Standpunkt, daß diese so früh wie möglich vorzunehmen seien, der endgültige Termin könne aber mit Bestimmtheit erst angesetzt werden, wenn abzusehen sei, bis zu welcher Frist die technischen Schwierigkeiten endgültig überwunden seien.

Auch die Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokraten ist nicht grundsätzlich Gegner der Nationalversammlung. Für die Mehrzahl der Unabhängigen gilt das, was das Mitglied der preußischen Regierung, der unabhängige Sozialist Stroebel, gestern abend in der Sitzung der Kontrollstelle für Völkerrecht erklärte: „Dem ungestümen Drängen nach übereilter Einberufung der Konstituante muß entgegengetreten werden, gerade im Interesse der vernünftigen Schichten des Bürgertums und der besitzenden Klassen. Ich selbst bin", sagte der Redner, „Anhänger der Konstituante. Diese kann jedoch erst dann kommen, wenn eine gewisse Konsolidierung der Verhältnisse eingetreten ist. Die Demobilisierung muß erst vollzogen, die wirtschaftliche Produktion muß wieder in die Wege geleitet sein. Eine bolschewistische Gefahr besteht in Deutschland nicht. Die Konstituante muß kommen und wird kommen. Wir müssen aber die Garantien haben, daß es sich nicht um ein Ueberrumpelungsmanöver durch das Bürgertum handelt. Ich erwarte die Nationalversammlung für das nächste Frühjahr und ich glaube, daß bis dahin auch ihre Gegner eingesehen haben werden, daß es ohne Nationalversammlung nicht geht." Es kommt jedenfalls darauf an, daß der Termin für die Wahlen nicht einen Tag länger hinausgeschoben wird, als es unbedingt notwendig ist. Auf diesem Standpunkt steht auch die große Mehrzahl der örtlichen A.- und S.-Räte. **Heute richtet der Landesausschuß sämtlicher Soldatenräte Badens folgendes Telegramm an den Vollzugsausschuß der A.- und S.-Räte: „Wir verlangen in Gemeinschaft mit den A.- und S.-Räten Badens sowie den Soldatenräten ihrer Heeresgruppe die Sicherung der Ziele unserer Revolution, die demokratische und sozialistische Republik und die einer deutschen Regierung, die sich auf die Mehrheit des deutschen Volkes stützt, Frieden schließen werde.**

Französische Brutalität

× Berlin, 22. November

Im Waffenstillstandsabkommen war bestimmt daß jene deutschen Truppen, die nicht innerhalb der ihnen gestellten Frist die Räumung französischen oder belgischen Gebietes vollzogen haben, zu Kriegsgefangenen gemacht werden. Hinsichtlich transportunfähiger Kranker und Verwundeter, die im Interesse ihrer Heilung und Gesundung zurückgelassen werden mußten, sieht die Sonderbestimmung des Artikels 11 vor, daß sie vom deutschen Sanitätspersonal gepflegt werden sollen. In dieser Gegenüberstellung tritt die Uebereinstimmung der bei den Parteien darüber klar zu Tage, daß zurückgebliebene kampffähige Truppen kriegsgefangen werden, daß transportunfähige Kranke und Verwundete dagegen der Kriegsgefangenschaft nicht verfallen sollen. Nachträglich besteht nun Frankreich auf die Forderung, daß die zurückgebliebenen Verwundeten und Kranken als Kriegsgefangene anzusehen und zu behandeln seien. Diese französische Forderung stellt die brutalste Vergewaltigung aller Grundsätze des Rechts und der Menschlichkeit dar, die die moderne Kriegsgeschichte aufzuweisen hat. Ganz Deutschland muß gegen sie mit rücksichtsloser Offenheit und eiserner Entrüstung protestieren.

Ein deutscher Protest

An die gegnerischen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden: Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Prüm und zwischen Merzig und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsaß-Lothringen bzw. Luxemburg zu schlagen. Der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder ist nicht beachtet worden. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Loslösung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein.

Nach Mitteilung der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa erklären die Gegner, daß sie es ablehnen, russische und rumänische Kriegsgefangene im Westen aufzunehmen oder zu empfangen. Sie verlangen deren Abschub nach Osten. Bei dem völligen Mangel an Beförderungsmitteln wird diese Stellungnahme von zahlreichen Kriegsgefangenen als große Härte der Verbündeten empfunden werden.

Die bedrohten Eisenindustriegebiete am Rhein

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat den gegnerischen Vertretern folgendes mitgeteilt:

Auf der linken Rheinseite, besonders im luxemburgischen, lothringischen und im Saargebiete, werden außerordentliche Störungen des Wirtschaftslebens eintreten durch Fortfall der Zufuhren an Brennstoffen vom Niederrhein. Die luxemburgische und lothringische Eisenindustrie werden mangels dieser Zufuhren zum Erliegen kommen. Da in diesen Gebieten über die Hälfte der Bevölkerung in der Eisenindustrie beschäftigt ist oder von ihr lebt, werden katastrophale Folgen entstehen durch Arbeitslosigkeit und Unruhen jeder Art. Die uns aufgezwungene übereilte Räumung hat bereits eine Reduktion der Wagengestellung für die Zechen des Ruhrgebietes auf die Hälfte und für die Hochofen- und Eisenindustrie auf ein Drittel zur Folge. Bei so geringer Wagengestellung ist es ausgeschlossen, Sendungen an die linksrheinischen Gebiete vorzunehmen. Soll eine wirtschaftliche Katastrophe in Luxemburg und in den Eisendistrikten Lothringens, ganz abgesehen von den übrigen linksrheinischen Gebieten, abgewendet werden, so muß die Wagengestellung um wenigstens 2500 Wagen täglich erhöht werden, um die notwendigen Brennstoffe der luxemburgisch-lothringischen Eisenindustrie zuzuführen. Soll aber ein geordneter Betrieb im ganzen linksrheinischen Gebiet überhaupt aufrechterhalten werden, so müßte die Wagengestellung um mindestens 4000 Wagen erhöht werden.

Die verbündeten Regierungen und Amerika stehen vor der Frage, ob sie an dem undurchführbaren kurzen Räumungstermin weiter festhalten und dabei insbesondere in dem luxemburgisch-lothringischen Eisengebiete katastrophale Zustände hervorrufen, oder ob sie eine angemessene Verlängerung der Räumungsfrist herbeiführen wollen. Entschließen sich die verbündeten Regierungen und Amerika im Interesse der Menschlichkeit und in Wahrung der Interessen der ihrer Obhut anvertrauten Gebiete zu einer angemessenen Fristverlängerung, so kommen sie außerdem dadurch in die Lage, das lothringisch-luxemburgische Eisenerz dem niederrheinischen Industriegebiet zuzuführen. Die luxemburgisch-lothringischen Eisengruben würden ihre Belegschaften beschäftigen und den Betrieb voll aufrechterhalten können. Gleichzeitig würden durch die notwendige Erzzufuhr Arbeitslosigkeit und schwere Betriebsstörungen am Niederrhein, besonders auf der rechten Rheinseite, vermieden werden. Treten aber erst Ruhestörungen in den rechtsrheinischen Gebieten ein, so ist bei dem engen wirtschaftlichen Zusammenhalt ein Uebergreifen auf das linksrheinische Gebiet unausbleiblich. Dies soll die okkupierende Macht im allgemeinen wie im eigensten Interesse unter allen Umständen vermeiden und zu diesem Zwecke eine **Verlängerung der Räumungsfrist um 15 Tage umgehend bewilligen.**

Eine Warnung Hindenburgs

Generalfeldmarschall v. Hindenburg telegraphierte aus dem Hauptquartier in Schloß Wilhelmshöhe unter dem 20. November an die Reichsleitung: Die Waffenstillstandskommission meldet, daß die Haltung der feindlichen Mitglieder der Kommission, insonderheit der französischen, durchaus ablehnend ist, daß die Gegner weiterhin Unmöglichkeiten fordern, und daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Franzosen sich Rechtstitel für eine Wiederaufnahme des Krieges schaffen wollen. Ich muß ausdrücklich betonen, daß das deutsche Volk infolge der Härte der Waffenstillstandsbedingungen und unter dem Einfluß der Ereignisse in der Heimat nicht in der Lage ist, den Kampf wieder aufzunehmen, selbst ein Kampf allein gegen die französische Armee wäre nicht möglich. Ich halte es für meine Pflicht, dies auch deshalb zu betonen, weil aus Aeußerungen der feindlichen Presse hervorgeht, daß die feindlichen Regierungen nur mit

als Vorbedingung der Friedensbesprechungen

die Einführung einer gesetzmäßigen Regierung gefordert, gleichzeitig wird die Versorgung mit Lebensmitteln davon abhängig gemacht:

s. Basel, 23. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Wie „Daily Telegraph" meldet, steht eine Note der Alliierten an Deutschland bevor, die über die Frage der gesetzmäßigen Regierungsgewalten in Deutschland als Vorbedingung zu Friedensbesprechungen Klarheit schafft.

s. Basel, 23. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Times" melden: Der Zweck der Neueinberufung des Versailler Kriegsrates der alliierten Regierungen am 28. d. M. ist, um zu der Frage der Regierungsgewalt in den bisher feindlichen Ländern wichtige Beschlüsse zu fassen. Es handelt sich um Voraussetzungen für die Grundlage des Friedens. — „Daily News" schreiben zu der Lage in Deutschland: Mit Soldaten- und Arbeiterräten unterhandeln die Alliierten nicht, wie die englische Admiralität bereits den Vertretern der Phantasierepublik Ostfriesland erklärt hat. Auch beauftragte Räte nach russischem Muster sind keineswegs berechtigt, Verträge im Namen des Volkes abzuschließen. Wenn die nächsten vier Wochen keine gesetzmäßige Regierung in Deutschland bringen, muß die Frage offen bleiben, ob der Waffenstillstand von den Alliierten fortzusetzen sei. Ein Friede ohne Genehmigung der Volksvertretung kann uns in fünf Jahren einen neuen Krieg bringen.

g. Genf, 23. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der „Herald" meldet aus New-York: Der Präsident teilte im Kongreß mit, daß er die Lebensmittelversorgung der bisher feindlichen Mittelmächte angeordnet habe, die unverzüglich und ohne ein Abwarten des endgültigen Friedens nach der Herstellung gesetzmäßiger Zustände in den Mittelländern durchgeführt werden solle. Der Kongreß billigte einstimmig die Erklärungen Wilsons.

Auch die neutrale Presse nimmt an den Vorgängen in Deutschland lebhaftes Interesse. Die holländischen Blätter erörtern fortgesetzt die Rückwirkung eines möglichen bolschewistischen Uebergewichts in Deutschland auf Europa. Laut Börsenbericht des „Telegraaf" verursacht die Furcht vor einer eventuellen Verstärkung der bolschewistischen Strömung durch zurückkehrende Truppen und vor den sich daraus ergebenden unberechenbaren Schwierigkeiten die größere Zurückhaltung. „Tijd" fragt unter Ablehnung einer Liebknecht-Autokratie, wie lange das ordnungsliebende Deutschland sich die aus Rußland importierte bolschewistische Zwingherrschaft gefallen lassen wolle und hofft, daß der Einfluß Westeuropas und gemäßigter Teile des deutschen Volkes die Quertreiber bald beseitigen werden.

Die Lage in Posen

Aeußerungen des Unterstaatssekretärs v. Gerlach

× Berlin, 21. November

In einer Unterredung, die der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, v. Gerlach, einem Vertreter von Wolffs Telegraphenbureau gewährte, erklärte Herr v. Gerlach:

Ich bin im Auftrage des Staatsministeriums wegen der beunruhigenden Nachrichten, die aus der Provinz Posen gekommen waren, am 19. d. M. nach Posen gefahren. Auf Grund der Feststellungen, die ich bei den deutschen Behörden dort ebenso wie bei den polnischen Organisationen und dem gemeinsamen Körperschaften getroffen habe, ist zu sagen, daß glücklicherweise die Lage erheblich günstiger ist, als bisher vielfach nach den Meldungen in der deutschen Presse zu schließen war. In den ersten Tagen nach dem 9. November sind allerdings an verschiedenen Stellen, namentlich an der Grenze, gewisse Ausschreitungen vorgekommen. Sie haben jedoch nirgends einen bedrohlichen Umfang angenommen oder längere Zeit gedauert. Seit dem 14. dieses Monats ist von Unruhen überhaupt nichts mehr zu melden. Die Tätigkeit der A.- und S.-Räte vollzieht sich in den meisten Orten ordnungsmäßig und dient zur Beruhigung der Bevölkerung. Die A.- und S.-Räte arbeiten auf paritätischer Grundlage. Infolge der Ueberzahl der Polen, wie ihrer größeren politischen Aktivität überwiegen allerdings der Zahl nach in den meisten Räten die Polen. Doch kann im allgemeinen gerade in diesen Räten ein harmonisches Zusammenarbeiten beider Nationalitäten festgestellt werden.

Die Lebensmittelausfuhr nach dem Westen ist nur vorübergehend in einzelnen Fällen ins Stocken geraten. Der Polnische Volksrat hat in einem Aufruf die polnischen Landwirte aufgefordert, ihren Lieferpflichten nachzukommen. Bei der unbedingten Autorität, die der Volksrat bei den Polen besitzt, ist anzunehmen, daß dieser Aufforderung entsprochen wird. Die Befürchtung, daß schon jetzt die Polen den Beschlüssen des Friedenskongresses vorgreifen würden, erscheint unbegründet. In seinem Aufruf vom 15. d. M. erklärt der Polnische Volksrat ausdrücklich, daß der Friedenskongreß die Westgrenze Polens festzusetzen habe. Zum 8. Dezember hat der Polnische Volksrat Wahlen zu einem „Teilgebiets-Landtag" ausgeschrieben. Diese Wahlen sollen dem Volksrat, der bisher kein ausdrückliches Mandat der polnischen Bevölkerung besitzt, ein solches verschaffen. Sie beziehen sich nicht auf bestimmte Gebietsteile, sondern auf alle in Deutschland wohnenden Polen, soweit sie in polnischen Vereinen organisiert sind. Der Zweck des „Teilgebiets-Landtages" ist es nicht, vorgreifliche staatsrechtliche Entscheidungen zu treffen.

Das Mißtrauen der Polen gegen die Deutschen ist unleugbar groß. Sie haben z. B. die Veröffentlichung, wonach die bestehenden Gesetze vorläufig in Kraft bleiben sollen, dahin aufgefaßt, daß auch alle antipolnischen Gesetze weiter gehandhabt werden sollen. Jede Maßnahme der Regierung, die diese irrige Auffassung durch die Tat widerlegt, wird außerordentlich beruhigend auf die Stimmung der Polen wirken. Im allgemeinen ist der Eindruck festzustellen, daß die Polen sich schon jetzt voll verantwortlich für die Zustände in den überwiegend von Polen bewohnten Landesteilen fühlen. Sie bemühen sich deshalb, die Ruhe aufrechtzuerhalten und die Versorgung nach dem Westen nicht zu unterbinden.

*

Polnische Agitation in Ober-Schlesien

Da die polnische Gefahr für Ober-Schlesien infolge der unterbrochenen polnischen Propaganda immer bedrohlicher wird, haben die oberschlesischen Städte eine gemeinsame Kundgebung an die gegenwärtige preußische Regierung beschlossen, in der es u. a. heißt: „Die ganze Blüte des oberschlesischen Industriebezirks ist durch seine Zugehörigkeit zu Preußen und Deutschland entstanden. Die Lostrennung muß existenzvernichtend für Preußen und Deutschland wirken." In den Städten Kattowitz und Königshütte, denen noch andre folgen werden, erhoben Magistrat und Stadtverordnete gemeinsam und einhellig einen flammenden Protest gegen die geheimen und offenen Wühlereien der Polen zur Losreißung Oberschlesiens von Preußen.

Eine monarchistische Bewegung in Oesterreich?

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

id. Wien, 23. November

Das „Echo d'Italie" meldet: Kardinal Piffl erklärte in einer Frauenversammlung, die Aussichten auf Wiederherstellung der Monarchie seien sehr günstig. Es bestehe begründete Hoffnung, daß Kaiser Carl in wenigen Monaten wieder den Thron besteigen werde.

Ein Maueranschlag des Staatsamtes für Heereswesen macht auf umstürzlerische Umtriebe aufmerksam, die von österreichischen Aristokraten in der Schweiz ausgehen. Diese wollen angeblich die Westmächte bewegen, mit Hilfe ihrer Truppen die Republik zu beseitigen und den Kaiser wieder einzusetzen, indem sie die Verhältnisse unter der neuen Regierung als bolschewistisch darstellen.

*

Angebliche Aeußerungen Kaiser Carls

× Budapest, 22. November

„Politikai Hirado" meldet: Im gestrigen Ministerrat teilte der Agramer ungarische Gesandte und Bevollmächtigte Minister Aladar Balla, der über die Lage in Kroatien Bericht erstattete, folgendes mit: Als die kroatischen Politiker Graf Friedrich Kulmer